

Presseinformation 16/2024

Verkehrsminister müssen endlich Handeln

Kein Verständnis haben der Verband für Wirtschaft und Umwelt sowie der Landesverband für Solarenergie in Rheinland-Pfalz für die neue Reformpläne zum Klimaschutzgesetz. Das Klimaschutzgesetz wurde noch von der Vorgängerregierung aufgrund eines einschneidenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Versagen der Klimaschutzpolitik auf den Weg gebracht.

Nun will die Bundesregierung die Verantwortung der Ressorts bei der Nichteinhaltung von sektoralen Klimaschutzzielen grundsätzlich aufgeben. Das sei, so die Verbände, ein Rückschritt in der Klimapolitik. Angesichts der Tatsache, dass immer mehr höchste Gerichte die unzureichende Klimapolitik kritisierten und wie zuletzt in der Schweiz Klägerinnen Recht gäben, sei absehbar, dass auch die Bundespolitik erneut durch Gerichtsurteile in die Bredouille gerate.

Völlig unverständlich sei, dass sich der Bundesverkehrsminister durchgesetzt habe, seine klimapolitischen Fehlleistungen mit Erfolgen in der Energiepolitik aufzurechnen. Eine solche Sichtweise sei kurzsichtig. Denn die Aufrechnung lasse sich nicht jedes Jahr wiederholen. Um die Gesamtziele zu erreichen, müsse endlich auch der Verkehrsbereich seinen Beitrag leisten. Der Verband für Wirtschaft und Umwelt weist darauf hin, dass Verbrennermotoren unglaublich ineffizient seien. So werde rund 80 Prozent der eingesetzten Energie aus dem Rohöl in nicht nutzbare Wärme gewandelt und somit verschwendet. Zudem sei die Lieferkette vom Öl zum Benzin an der Tankstelle sehr energieintensiv. Es werde große Mengen Strom dazu verbraucht, den Elektroautos nutzen könnten.

Der Bundesverkehrsminister wie auch die Landesverkehrsminister/innen hätten es in der Hand, die Elektrifizierung der KFZ-Flotte viel schneller voranzutreiben als bisher. Sie haben zudem riesige Verkehrsflächen, wie Straßen, Wege, Schienen, Parkplätze u.v.m., die auf eine Doppelnutzung warten, so der Landesverband für Solarenergie. Versiegelte Verkehrsflächen böten sich geradezu an, mit Solaranlagen belegt zu werden, um die Energie für den Verkehrsfluss zu erzeugen. Da Solarstrom auch Einnahmen generiere, seien solche Investitionen auch wirtschaftlich.

Neustadt a.d.W. | Ebertsheim, den 22. April 2024